Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Lugstorf, Hüttelgrund, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Müllen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niederwürschnitz, Röhrchenpel und Tirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

69. Jahrgang.

Nr. 282. Hauptinsertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk Sonnabend, den 6 Dezember Postscheckkonto Leipzig Nr. 86697. 1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- u. Festtags, nachm. für den folgenden Tag. — Vierteljährl. 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5,40 Mk. — Einzelne Nummer 15 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm Ebert-Straße 5b, alle Poststationen, Postboten, sowie die Austräger entgegen. — Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 30, für auswärtige 40 Pfg. berechnet. — Reklamezeile 75 Pfg. — Im amtl. Teile kostet die zweispaltige Zeile 90 Pfg., für Auswärtige 120 Pfg. Fernspr.-Anschluß Nr. 7. Tel.-Adr. Tageblat

* Auf Blatt 382 des hiesigen Handelsregisters, die offene Handelsgesellschaft **H. Apel** in Lichtenstein betreffend, ist am 3. Dezember 1919 die Umwandlung der offenen Handelsgesellschaft in eine Kommanditgesellschaft, der Eintritt zweier Kommanditisten, die Aenderung der Firma in: **Fa. H. Apel, Kommanditgesellschaft, Strumpf- und Wollwarenfabrik,** sowie weiter eingetragen worden, daß der Gesellschaftsvertrag am 26. November 1919 festgestellt worden ist, daß die persönlich haftenden Gesellschafter Apel und Lauterlein zur Vertretung der Gesellschaft nur gemeinschaftlich oder zusammen mit einem Prokuristen berechtigt sind, daß dem Kaufmann **Willibald Eugen Kurt Junak** in Breslau und dem Bleichereibesitzer **Hermann Robert Röttger** in Hermsdorf Prokura erteilt worden ist und daß diese die Gesellschaft nur gemeinschaftlich oder zusammen mit einem der persönlich haftenden Gesellschafter vertreten dürfen.

Lichtenstein, den 4. Dezember 1919.

Das Amtsgericht.

Bezirksverband.
K. L. Nr. 1307 — M —

Backausbeute.

Nach der soeben eingegangenen Anordnung des Wirtschaftsministeriums — Landeslebensmittelamt — wird die Backausbeute b. a. w. auf 135% herabgesetzt.

Die Bäcker und Mehlkleinhändler haben daher ab nächster Woche in Abänderung früherer Bekanntmachungen auf einen Roggenklebebogen (150 Pfund Mehl) Brotmarken auf 202 ½ Pfund zu kleben.

Glauchau, den 3. Dezember 1919.

Freiherr v. Welck, Amtshauptmann.

Realschule mit Progymnasium Stollberg i. Erzg.

Anmeldungen für Ostern 1920 nimmt der Unterzeichnete vormittags in seinem Amtszimmer entgegen. Beizubringen sind Geburtszeugnis (Familienbuch), Impfschein und letzte Zensur. Persönliche Vorstellung der Angemeldeten erwünscht. Stollberg hat günstige Zugverbindungen nach allen Richtungen.

Direktor **Prof. Brückner.**

Kurze wichtige Nachrichten.

* Es bestätigt sich, daß auch zwei Kriegsgefangenenlager in England noch nicht geräumt sind, obwohl dort weder Flieger noch Bombenwerfer untergebracht sind. Die deutsche Regierung hat daher an die englische eine Anfrage gerichtet, aus welchen Gründen die Heimsendung der Gefangenen verzögert ist, doch ist eine Antwort darauf noch nicht eingegangen.

* Nach Reutermeldungen haben die Alliierten die Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland auf unbestimmte Zeit vertagt.

* In Heidelberg sind Verhandlungen eingeleitet worden, um eine badische Landesorganisation zu schaffen, die den Verkehr mit Wien zur Hilfeleistung in die Hand nehmen soll. In den badischen Städten sind in den Zeitungen Aufrufe zur Aufnahme von Wiener Kindern erlassen.

* In Danzig ist eine achtzehngliedrige Versorgungskommission eingetroffen, die in die abzutretenden Gebiete weitergereist ist.

* Auf dem Bahnhof in Küstrin-Neustadt wurde gestern vormittag ein russischer Offizier angehalten, der einen Schatz von etwa 5 Millionen Rubel nach dem Baltikum transportieren sollte. Die Rubelscheine, die seinerzeit in Potsdam gedruckt sein sollen, verfielen der Beschlagnahme. Der Offizier entzog sich durch die Flucht seiner Verhaftung.

* Der Altonaer Fischdampfer Merkur ist in der Nordsee auf eine Mine gelaufen und gesunken. Die Besatzung trieb 36 Stunden in Booten, ehe sie von dem Dampfer Regulus aufgenommen wurde.

* Ein neuer schwerer Lohngeldraub wurde bei Ratibor verübt. Eine Anzahl Räuber überfielen den Kassenboten der Cereswerke und raubten ihm 10 000 Mark Lohngelder. Der Beraubte wurde auf dem Wege zum Werke geknebelt aufgefunden.

* Der Verein Berliner Hotelbesitzer hat sich entschlossen, möglicherweise am 10. Dezember sämtliche Küchenbetriebe zu schließen, da er sich infolge der neuen Verordnung gegen Schleichhandel und Preistreiberei außerstande sieht, seine Geschäfte weiter fortzuführen.

Die geplante Steuer-Durchpeitschung.

Man hat schon seit geraumer Zeit wesentliche Bruchstücke aus den Steuervorlagen erfahren, die Herr Erzberger, des Reiches Finanzminister, herausgebracht hat, um, wie er behauptet, die Finanzen des Reiches in Ordnung zu bringen und nach Jahren wieder einen regelrechten Etat zu balanzieren. Wie Herr Erzberger die Milliarden zusammen bekommen will, ist schon bekannt, daß er sie schnell haben, schnell nach einem bestimmten Etat wirtschaften möchte, darf nicht überraschen. Erzberger liebt bekanntlich die schnelle Arbeit. Eben jetzt werden die Vorlagen, die der Reichsrat durchgeschlüpft hat, veröffentlicht, und schon wird mitgeteilt, daß von der Nationalversammlung erwartet werde, daß sie die Steuern schon vor Weihnachten bewilligt haben müsse. Schnellarbeit also verlangt Herr Erzberger, und die Nationalversammlung, die solgsame Mehrheit des Retters des Vaterlandes wird sich sicherlich alle Mühe geben, um auf das freundliche Gesicht des Herrn Erzberger keinen Schatten fallen zu lassen.

Da liegt aber die Hauptgefahr der ganzen Steuervorlagen. Sie müssen in Ruhe durchberaten werden, können nicht in wenigen Sitzungen durchdiskutiert und mit „Ja" und „Amen" Herrn Erzberger in den Schoß fallen. Um so mehr wird man ruhige, sachliche und gründliche Arbeit von der Nationalversammlung verlangen müssen, da gerade der größte Steuerplan, die Reichseinkommensteuer, eine Neuerscheinung mit solchen Eingriffen in die Rechte der Länder und Gemeinden ist, solche Abweichungen vom bisherigen Steuersystem bringt, daß man Zeit haben muß, um zu prüfen, das Für und Wider zu erörtern, die Folgen sich vor Augen zu halten, die eine gänzliche Abhängigmachung der Länder und Kommunen vom Reichssäckel bedingt. Aus den Ländern und Kommunen ist ja bereits Widerspruch laut geworden. Es sei nur an die scharfe Polemik des Württ. Finanzministers gegen Erzberger erinnert. Die Verantwortung, die in die Hände der Nationalversammlung gelegt wird, ist daher so groß, daß sie von ihrem bisherigen Prinzip auf alle Fälle abgehen muß, lange Reden über Richtigkeiten zu halten und wichtige Dinge im Handumdrehen zu erledigen. Auch wenn Herr Erzberger, was man annimmt, seine Steuervorlagen mit freundlichen Worten der schnellen Bewilligung empfiehlt, haben die Abgeordneten allen Grund, sich von der Person frei zu machen und an die Wichtigkeit der Sache zu denken.

Diese Steuern, mit der Herr Erzberger den Etat aufrichten will, sind nicht die letzten. Noch ist uns die Forderung der „Sieger" nicht zugegangen, noch wissen wir nicht, welchen ungeheuren Betrag diese auf das Blanko-Akzept schreiben werden. Jedenfalls wird sich die Nationalversammlung noch einmal mit Steuer- und Geldquellen befassen müssen und, sollte sie diesmal im Eiltempo arbeiten, so macht sie sich selbst schuldig, wenn sie später erfährt, daß manches anders, besser hätte gemacht werden können. Nun heißt es zwar, daß selbst innerhalb der Regierungsparteien ein Unwille sich bemerkbar macht, daß Erzberger seine alte Art, Wichtiges schnell zu erledigen, auch hier anwenden will. Und es erheben sich vor allem in der demokratischen Presse Warnungen, die von einer Durchpeitschung der Steuervorlagen nichts wissen wollen. Mit ihr im Bunde wird sich auch die Rechte dagegen wehren und sich die Gelegenheit, gründlich zu arbeiten, die Einwände, die Möglichkeiten, die Aussichten der Steuern zu prüfen nicht verkürzen lassen. So darf man auf heftige Kämpfe um Erzbergers Vorlagen gefaßt sein. Heute Nachmittag beginnt in der Nationalversammlung die Aussprache.

Erhöhung der Kohlenpreise.

Berlin, 5. Dezember.

In den letzten Tagen haben neue Verhandlungen über die Erhöhung der Kohlenpreise stattgefunden. Die Vertreter des Bergbaues forderten sie diesmal in erster Linie zu dem Zweck, um ihre Betriebe technisch wieder auf die Höhe der Friedensförderungen zu bringen. Die Werke sind während der Kriegsjahre stark abgewirtschaftet, die Instandhaltung ist unvollkommen, Erneuerungen sind fast ganz unterblieben, die Leistungsfähigkeit der technischen Einrichtungen und maschinellen Anlagen ist stark zurückgegangen und der ganze Betrieb infolgedessen unwirtschaftlicher geworden. Im Hinblick hierauf hatte der neugegründete Reichskohlenverband in seiner ersten Sitzung auf den vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat gestellten Antrag, dem sich andere Reviere anschlossen, die Erhöhung des Steinkohlenpreises um 20 Mark je Tonne beschlossen. Der Reichswirtschaftsminister hat diesen Beschluß beanstandet, aber nur wegen der Höhe der Forderung, die zurzeit eine schwere Belastung unseres Wirtschaftslebens bedeuten würde. Die Regierung erkannte zu, daß die Werke in die Lage versetzt werden müssen, die Förderung trotz der verringerten Arbeitszeit wieder auf die Friedenshöhe, womöglich noch darüber, zu bringen. Wenn auch die hierfür erforderlichen Ersatz- und Neuanlagen infolge der andauernd steigenden Materialpreise und Löhne zweifellos sehr kostspielig sein werden, konnte sich die Regierung doch nicht überzeugen, daß die Preiserhöhung in dem geforderten Umfang für diesen Zweck wirtschaftlich berechtigt ist. Bei den anschließenden Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium ist dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat unter Berücksichtigung des jetzigen Standes der dortigen Selbstkosten die neuerdings von der Regierung aufs Sorgfältigste geprüft worden sind, die Erhöhung der zeitigen Preise um 7,50 Mark pro Tonne ohne Steuer mit Wirkung ab 1. Dezember bewilligt worden. Dieser Mehrpreis hat lediglich für den angegebenen Zweck zu dienen, da ein Ausgleich für Lohnerhöhungen diesmal nicht in Frage kommt. Wegen der anderen Bergreviere sind die Prüfungen noch im Gange.